

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 7

Sonnabend, den 12. Februar 1927

31. Jahrgang

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1927.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1927 durchzuführen.

Von den Ortsauschüssen des ADB und den Ortsstellen des AFV-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die

Bestellung des Wahlvorstandes

vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1926 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchzuführen. Maßgebend sind § 23 bzw. § 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1927 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1926 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61, 62 BRG. (bei Behörden, bei der Reichsbahn, im Baugewerbe usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl

Sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des AFV-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierte oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hingegen verfochten wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe herstellen zu lassen. Die Materialien dazu hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 86 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.).

Das ganze Jahr 1926 war für die Gewerkschaften und damit auch für die Betriebsräte sehr bewegt. Die Auseinandersetzungen über Rationalisierung, Technisierung und Typisierung, die große Arbeitslosigkeit, das Ueberstundenwesen und die Absicht der Unternehmer, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht abzubauen, haben die Kräfte der Gewerkschaften vollkommen in Anspruch genommen. Das

Berlin, den 1. Februar 1927.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFV-Bund)

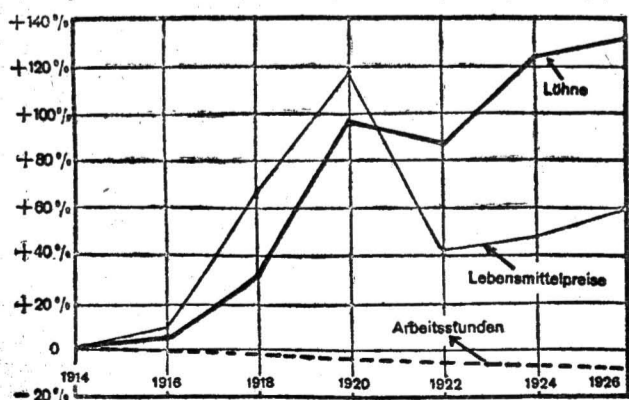
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)

Nordamerikanische Gewerkschaftslöhne im Jahre 1926.

Wöchentlicher Durchschnitt 52 Dollar.

Im Jahre 1926 haben sich in den Vereinigten Staaten die Löhne wie die Arbeitszeit weiter verbessert. Dies wird vom Handelsamt als auch vom Arbeitsstatistischen Amt gleichermaßen bestätigt. Nach den Angaben beider Ämter hat sich im Jahre 1926 die Verbesserung der Arbeitsbedingungen fortgesetzt, die im letzten Jahre vor dem Kriege begann. Von 1914 bis 1926 beträgt die Lohnsteigerung 133,4 v. H., die Verkürzung der Arbeitszeit 7 v. H. Somit hat die Lage des nordamerikanischen Arbeiters in den zwölf Jahren von zwei Seiten her eine Vergünstigung erfahren, einmal durch bessere Bezahlung, andererseits durch Vermehrung der Freizeit. Wie das Schaubild erkennen läßt, ging die Verbesserung der Arbeitszeit wie die der Löhne stetig, wenn auch ungleichmäßig fort, abgesehen von den beiden Jahren 1920 und 1922, in welcher Zeit der Lohn um 6 v. H. zurückging. Diese Lohnrückbildung wurde indessen mehr wie ausgewischt durch einen gleichzeitigen erheblichen Rückgang der Lebensmittelpreise.

Mit der Angabe der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung ist jedoch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des amerikanischen Arbeiters noch nicht ganz genannt. Denn die Lohnsteigerung wäre bedeutungslos, wenn sich die Preise gleichmäßig erhöht hätten. Das ist indessen nicht der Fall. Auf der Schautafel ist zu sehen, daß von 1914 bis 1920 Löhne und (Kleinhandels-)Preise



ziemlich gleichmäßig emporstiegen. Im Jahre 1920 erreichten die Preise mit etwa 120 v. H. den Höhepunkt, dann stürzten sie sich nach unten und kamen im ersten Viertel von 1922 bei 40 v. H. an. Von da ab gingen sie wieder langsam aufwärts und erreichten 1926 aufs neue 60 v. H. Auch die Löhne senkten sich im Jahre 1920, aber bedeutend weniger als die Preise, stiegen dann gleich wieder aufwärts und kamen bis 1926 133 v. H. über den Lohnstand von 1914 zu stehen. Kurz, seit 1914 haben sich die Preise um 60, die Löhne aber um 133 v. H. erhöht.

Jahr 1927 hat diese Probleme übernommen. Es gilt vor allen Dingen, die Auswüchse der Rationalisierung zu beseitigen und zu verhindern, daß die Arbeiter und die Angestellten dabei die Leidtragenden sind. Vielmehr muß die Rationalisierung als Fortschritt der Menschheit auch der Arbeiterklasse zugute kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist zu beseitigen, was u. a. auch dadurch bis zu einem gewissen Grade erreicht werden muß, daß der Achtstundentag gekehrt wiederhergestellt wird. Auch hierbei werden die Betriebsräte wertvolle Hilfe leisten müssen.

Große Aufgaben stehen infolgedessen den Betriebsräten bevor. Es ist daher

Pflicht jeder Belegschaft.

die eine Betriebsvertretung wählen kann, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird. Die Gewerkschaften bemühen sich ununterbrochen, die Position der Betriebsräte zu sichern. Durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 ist mit Wirkung vom 1. Juli 1927 auch für die Betriebsvertretungen eine volle Einheitlichkeit der Rechtsstellen geschaffen worden, so daß also nicht wie bisher die Betriebsräte notwendig haben, sich an die unterschiedlichsten Rechtsstellen wenden zu müssen. Außerdem sind auch durch das Arbeitsgerichtsgesetz für die Betriebsräte selbst größere Sicherheiten geschaffen worden. Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte auf Amtsenthebung von Betriebsräten bzw. Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten gibt es nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes die Rechtsbeschwerde mit anschließender Wirkung an das Landesarbeitsgericht. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichstage Anträge eingereicht, um die objektive Durchführung des BRG. mehr als bisher zu sichern. Das BRG. soll so geändert werden, daß auch die Belegschaften den Wahlvorstand bestellen können und daß der Wahlvorstand, die Kandidaten zu den Neuwahlen, die ausscheidenden Betriebsräte und die amtierenden Betriebsräte selbst vor Maßregelungen geschützt sind.

Um alle diese wichtigen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen, ist es notwendig,

die Reihen der Gewerkschaften soviel wie möglich zu häften.

Auch hierbei haben die Betriebsräte mitzumachen, sie müssen als Funktionäre der Gewerkschaften dafür eintreten, daß alle Arbeiter und alle Angestellten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen!

Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Die durchschnittliche Arbeitszeit dieser 17 Berufe betrug 1926 45,4 Stunden. Dies ist gegen 1925 eine geringe Verkürzung, im Vergleich zu 1913 aber eine von 2 1/2%, gegen 1907 eine von 4 1/2% Stunden. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist in den Bauberufen 43,8, im Buchdruck 44,4, im Zeitungsdruck 45,3, in der Bäckerei 47,8, bei den Fuhrleuten und Kraftwagenführern 55 1/2 Stunde die Woche. Daß die amerikanischen Gewerkschaften inmitten einer Bewegung für die fünf tägige Arbeitswoche stehen, ist bekannt. Die nächstjährige amtliche Statistik dürfte wohl für eine Reihe von organisierten Berufen die 40 stündige Arbeitszeit aufweisen.

Führt die Rationalisierung zum Arbeitsfrieden?

Arbeit und Kapital, damit werden in der Regel die in der modernen kapitalistischen Gesellschaft bestehenden zwei großen Klassen gekennzeichnet. Die zunehmende Konzentration in der kapitalistischen Wirtschaft hat dahin geführt, daß der Kreis derjenigen Leute, welche über die Produktionsmittel und über den sonstigen Reichtum der Nation verfügen, immer enger und kleiner wird. Das ist die kleine aber mächtige Gruppe der Kapitalisten. Auf der anderen Seite stehen die Mittelklassen und vor allem das große Heer der Hand- und Kopparbeiter.

Die wirtschaftliche Uebermacht der besitzenden Klassen hat der arbeitenden Volksmasse den Weg zum Zusammenschluß vorgezeichnet. Losgelöst von jedem nennenswerten irdischen Besitz steht die große Volksmasse da. Deshalb jagt dort der Gedanke Fuß, daß nur durch die Vereinigung der Kraft das Uebel der wirtschaftlichen Abhängigkeit gemildert werden könne. Und so entstanden die Massenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Gewerkschaften. Diese wurden im bewußten Gegensatz zu den besitzenden Klassen gegründet. Sie waren dazu geschaffen, nötigenfalls durch das Mittel des Kampfes den Anteil an Licht und Luft der breiten Masse zu erweitern.

So kam es in den letzten 20 Jahren, von der Kriegszeit abgesehen, zu harten und schweren Kämpfen. Die gefährlichen Streiks und Aussperrungen hatten eine Arbeitsruhe von insgesamt Millionen Arbeitstagen zur Folge. In den letzten Jahren sind die Bewegungen, die zur Arbeitseinstellung oder zur Entlassung führten, sowohl der Zahl nach als auch in ihrem Umfange wesentlich zurückgegangen. Im Heft 3 des „Magazin der Wirtschaft“ finden wir eine Aufstellung, die dieses näher erkennen läßt:

	Streiks	Streikende	Aussperrungen	Ausgeperrte
1924: Quartalsdurchschnitt	403	247 376	99	274 379
1925: Quartalsdurchschnitt	385	199 523	56	82 491
1926: 1. Quartal	72	18 448	9	14 344
1926: 2. Quartal	94	14 929	12	2 807
1926: 3. Quartal	72	12 893	9	1 109

In den letzten Jahren ist nun eine wirtschaftliche Revolution von großem Ausmaß über die Bühne des Lebens gegangen. Es entsteht nun die Frage, wie die Umstellung der Industrie, die sogenannte Rationalisierung, auf die Dauer der gewerblichen Arbeitstämpfe einwirkt. Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Unternehmer, um die es sich hier in erster Linie handelt, früher allgemein auf dem Standpunkt standen, daß die Arbeitskraft in erster Linie als Unkostenfaktor zu werten sei. Es gab nur wenige Leute unter dem deutschen Unternehmertum, die die Konsumkraft der Arbeitermassen als ein wesentliches Merkmal der modernen Volkswirtschaft in Rechnung stellten. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ergab sich die erbitterte Feindschaft zwischen Arbeit und Kapital und die harten Kämpfe, die zwischen diesen beiden Gruppen geführt wurden. Nun hat sich in den letzten Jahren doch vielfach die Ueberzeugung durchgesetzt, daß hohe Löhne geradezu eine Notwendigkeit für eine gesunde aufwärtsstrebende Industrie sind. Namentlich die amerikanischen Unternehmer kamen zu dieser Meinung. Nicht nur Henry Ford, sondern breite Schichten des amerikanischen Unternehmertums sind der Ansicht, daß ohne hohe Löhne eine reiche Volkswirtschaft ein Ding der Unmöglichkeit bedeutet.

Die deutschen Unternehmer sind im allgemeinen an diese Erkenntnis noch nicht herangekommen. Sie sind noch nicht davon überzeugt, daß gesunde Arbeitsbedingungen auch der breitesten Arbeiterschichten einen immer gesteigerten Abzug zur Folge haben. Sie sind allerdings Anhänger einer rücksichtslos durchgeführten Rationalisierung. Diese äußert sich in einer auf hoher Stufenleiter durchgeführten Massenenerzeugung. Massenenerzeugung ist auf die Dauer nur möglich, wenn auch Massenaufkraft vorhanden ist. Diese nicht nur in einmaliger Aufwallung, sondern in stets steigender Kurve. Massenaufkraft kann aber nur auf gehobener Lebenslage, hohen und steigenden Masseneinkommen begründet werden. Eine solche Erkenntnis müßte in jedes Unternehmerhirn ohne weiteres eindringen. Wir wissen, daß dies nicht der Fall ist. Noch heute ist bei den deutschen Unternehmern in ihrer Mehrzahl und nicht zum wenigsten in der deutschen Steinindustrie, ein schließlicher Streikstrahlenbau, der Arbeiter Unkostenfaktor, der sich auf der einen Seite des Hauptbuches unangenehm bemerkbar macht.

Die Unternehmer müßten nicht nur Interesse an hohen Löhnen und gesteigerten Einkommen der Massen haben, sie müßten auch für kurze Arbeitszeit zu haben sein. Henry Ford hat die Fünftägige Woche eingeführt. Er hat diesen Schritt damit begründet, daß die von der amerikanischen Industrie erzeugten Massenprodukte nicht mehr abzusetzen seien, wenn das amerikanische Volk sechs Tage in der Woche zu arbeiten hat. Kürzere Arbeitszeit, mehr Freizeit, sei notwendig, sollen die amerikanischen Waren verbraucht werden. Wir haben solche oder ähnliche Meinungen in deutschen Unternehmerkreisen noch niemals gehört. Im Gegenteil, bei uns müssen harte Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit ausgefochten werden.

Sicher sind die gewerkschaftlichen Kämpfe in Amerika nicht überflüssig geworden. Sie spielen sich aber in wesentlich anderen Grenzen ab, weil Unternehmer und Arbeiter über den volkswirtschaftlichen Grundgedanken, daß hohe Löhne eine Notwendigkeit bedeuten, einer Meinung sind. Der amerikanische Schriftsteller Garret sagt in seiner Schrift „Das ist wirtschaftlicher Wohlstand“. „Und das ist das Ergebnis der „fortschreitenden“ Verteilung des Nationalreichtums, der produktiven Theorie des ausdehnbaren Lohnfonds;

Mit diesen Vergleichszahlen kann sich freilich der europäische Gewerkschafter noch kein richtiges Bild von der Lage seiner amerikanischen Kollegen machen. Gewiß weiß er nun, daß sich ihre Lage seit dem Kriege dank der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung beträchtlich gehoben hat, aber er weiß noch nicht, wieviel sie tatsächlich verdienen und wie lange sie dafür schaffen müssen.

Das aber muß er wissen, um seine Lage mit der seiner Kollegen im Dollarlande vergleichen zu können. Um das zu ermöglichen, sei das wesentliche der jüngsten amtlichen Untersuchung der Gewerkschaftslöhne wiedergegeben. Diese Untersuchung des Arbeitsstatistischen Amtes in Washington umfaßte fast eine Million Mitglieder von 17 typischen Berufsverbänden in 66 Städten. Als allgemeiner wöchentlicher Durchschnittslohn für vollgearbeitete Zeit ergab sich 52,12 Dollar (= 218,90 Mark), als stündlicher Durchschnitt 1,14 Dollar (= 4,78 Mark). Das besagt, daß sich gegen 1913 der Wochenlohn des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters um 133,4 v. H., sein Stundenlohn um etwa 150 v. H. gebessert hat. Der letztere steht jetzt 26 v. H. über den von 1920 und 5,2 v. H. über den von 1925.

Das sind die großen Durchschnitte, die sich von der Gesamtheit der Lohnsätze der 17 von der amtlichen Untersuchung erfaßten Berufe ergeben. Es erdrückt sich nun noch, die Lohnsätze dieser Berufe im einzelnen wiederzugeben. Um die Zahlengeschichte nicht zu lang werden zu lassen, seien nur die durchschnittlichen Stundenlöhne von 1925 und 1926 hierher gesetzt, so daß man die Steigerung oder Senkung in dem eben abgelaufenen Jahre erkennen kann, und in der letzten Zahlenzeile ist in Hundertsätzen angegeben, um wieviel sich der durchschnittliche Wochenlohn dieser Berufe seit 1913 erhöht hat. Der Wochenlohn durchschnit wurde gewählt, weil dieser, in Anbetracht der Veränderung der Arbeitsstundenzahl, ein zutreffenderes Bild von der Verdienst- oder Einkommensteigerung der in Frage stehenden Berufe gibt.

	Stundenlöhne in Dollar	Erhöhung seit 1913 in Prozenten
Bäcker	0,97	150
Bachsteinmaurer	1,47	124
Zimmerleute	1,18	136
Elektriker	1,27	137
Maler	1,23	145
Pflasterer	1,48	124
Rohrleger	1,28	119
Eisenkonstruktoren	1,27	116
Kraftwagenführer	0,64	92
Fuhrleute	0,66	130
Hafenarbeiter	0,82	86
Wäschereiarbeiter	0,44	?
Maschinenleger (Buch)	1,10	98
Maschinenleger (Zeitung)	1,11	99
Maschinenmeister (Zylinder)	1,09	112
Maschinenmeister (Web)	0,99	111
Strassenbahner	0,66	?

Der bei uns weitergehend als irgendwo anders Anwendung findenden Idee, die Kosten der Produktion durch bessere Produktionsmethoden, durch bessere Organisation, durch die Anwendung von arbeitssparenden Maschinen, durch verbesserte und brauchbare Werkzeuge herabzudrücken, und alles bei stets ansteigender Lohnkurve. „Oder hören wir Ford: „Der höchste bisher gezahlte Lohn ist immer noch lange nicht hoch genug... Löhne zu reduzieren ist schlechte Finanzpolitik, da zugleich auch die Kaufkraft reduziert wird... Niedrigere Löhne werden weit rascher zum Zusammenbruch des Geschäftsverkehrs als der Arbeiterkampf führen.“ Die deutschen Unternehmer haben sich mit solchen Erkenntnissen noch nicht vertraut gemacht. Deshalb wird der Gewerkschaftskampf in Deutschland durch die Umstellung der Industrie nicht gemildert, sondern eher noch verschärft werden. Die Rationalisierung führt also nicht zum Arbeitsfrieden, diese Tatsache muß festgehalten werden. Die Gewerkschaften sind also auch weiterhin eine absolute Notwendigkeit, deren Ausbau gerade wegen der Rationalisierung mit allem Eifer betrieben werden muß.

Ausschussfiktung des IGB. vom 12. bis 14. Januar 1927 in Amsterdam.

(IGB.) Der vom 12. bis 14. Januar in Amsterdam abgehaltene Ausschussfiktung wohnten folgende Delegierte bei: A. A. Purcell (England, Präsident des IGB.), die Vize-Vorsitzenden L. Souhauz (Frankreich), C. Mertens (Belgien) und Th. Leipart (Deutschland), ferner G. Hids (England), K. Stenhuis (Holland), J. L. Caballero (Spanien), R. Dürr (Schweiz), P. Grafmann (Deutschland), R. Tayerle (Tschechoslowakei), C. F. Madjen (Dänemark), J. Julawski (Polen) und Buozzi (Italien); als Vertreter der Berufssekretariate G. Timmen und G. J. A. Smit jr., und die Sekretäre J. Dubegeest, Joh. Sassenbach und J. W. Brown. Jaszai (Ungarn), Renoir (Frankreich) und Hodges (Vertreter der Berufssekretariate) waren an der Teilnahme verhindert.

Bei Eröffnung der Sitzung erinnert der Vorsitzende mit Worten der Wertschätzung an die verstorbenen Genossen Dikmann (stellvertretendes Ausschussmitglied) und F. Woels (internationaler Sekretär der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe). Im Laufe der Sitzung trifft die Nachricht vom Tode des Kassiers des Spanischen Gewerkschaftsbundes, Vicente Barrio, ein.

Bei der Behandlung der Frage der Vertretung der Landeszentralen im Ausschuss wird beschlossen, Buozzi (Italien) bis zum Pariser Kongress als Vertreter der italienischen Gewerkschaftsbewegung in den Ausschuss aufzunehmen.

Der Geschäftsbericht, der ausführliche Darstellungen enthält über die Beziehungen zu den angeschlossenen und nichtangeschlossenen Landeszentralen, den Generalstreik und die Bergarbeiterausperrung in Großbritannien, die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern, den Kampf gegen den Faschismus, die Bestrebungen in den skandinavischen Ländern, im Baltikum, im Baltan usw., die Beziehungen zur sozialistischen Arbeiter-Internationale sowie über verschiedene Erhebungen und Konferenzen, wird mit geringen Änderungen einstimmig angenommen. Auf Vorschlag von Timmen wird beschlossen, dem Bericht an den Ausschuss in Zukunft eine Uebersicht der Wirksamkeit der Vertreter des IGB. beim Internationalen Arbeitsamt beizufügen.

In bezug auf die unter Leitung von Sekretär Brown im Herbst 1926 durchgeführte Reise europäischer Gewerkschaftsführer nach Mexiko wird nach eingehenden Besprechungen festgestellt, daß der Vorstand des IGB., trotzdem die Vorbereitungen offiziös und außerhalb des IGB. erfolgten, die Reise selber nie irgendwie mißbilligt hat. Seine Haltung war ausschließlich vom Wunsche diktiert, in Zukunft das Vorhaben der Sekretäre in volle Uebereinstimmung mit den von den verschiedenen Instanzen des IGB. gefaßten Beschlüssen zu bringen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Mexiko nimmt der Ausschuss einstimmig folgende von Hids (England) vorgeschlagene Resolution an: „Der Ausschuss des IGB. verfolgt mit größtem Interesse die Ereignisse in Mexiko. Seine Sympathien sind mit dem mexikanischen Volk und seiner Regierung. Das mexikanische Volk kann in seinem Kampfe gegen fremde Angriffe und Einmischungen der Unterstützung der international organisierten Arbeiterbewegung gewiß sein.“

Aus dem Wetterwinkel.

Bereits mehreremal wurde von mir gewünscht, meinen Lebenslauf zu erfahren, denn, die ihn gern lesen möchten, denken, daß der Steinklopfer-Hannes so allerhand, mehr Unangenehmes wie Angenehmes, so allzu Menschliches und wohl auch Unmenschliches vom Leben ausgehakt bekommen hat. Das ist schließlich nicht unrichtig; aber es braucht deshalb im Grunde nun durchaus nichts Besonderes zu sein, nicht solches, welches von der Lebenslast und Lebenslust, von der Freude und dem Leid anderer Steinklopfer groß abweicht. Ein Unterschied liegt nur darin, wie man alles trägt und erträgt und ob man sich bei all dem die Frage vorlegt und natürlich auch zu erklären versucht: Warum ist das gerade so und nicht anders und wieso trifft das gerade mich und nicht andere? Wer so prüft und dabei mit offenen Augen die Umwelt, ihre Personen und Sache erfährt, der gewinnt seinem Leben sicher eine besondere Seite ab, sogar dann auch noch, wenn ihn das sprichwörtliche Proleten-Pech nimmer losläßt.

Mein Leben läßt sich wie jedes andere auch in Abschnitte einteilen und diese Abschnitte wird man wohl immer so wählen, wie sie einzeln am einflussvollsten noch im Gedächtnis haften. Freilich, nach dem heutigen Stand des Werbens junger Menschen und ihrer umständlichen alleseitigen Stütze darf man nicht seine eigenen zurückliegenden Werdejahre betrachten, erst recht dann nicht, wenn sie bereits 30 und noch mehr Jahre der Vergangenheit angehören. Denn in diesem Zeitraum, hauptsächlich in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten hat sich darin vieles geändert. Ich denke da z. B. an die Werbjahre, an die Zeit des blutigen Arbeiters von damals und heute. Unsere jungen Augen waren in jener Zeit gewiß ebenso blank und hell wie die der heutigen jungen Leute, die zu jeder freien Zeit sich tummeln beim Sport, beim Wandern und dabei noch musizieren mit Fiedel und Klampfe; die mit wallenden Haaren, nackten Knien und Hüpfersandalen hinausziehen ins Freie, eimerlei, ob es grünt oder herbitet, ob es stürmt, regnet oder gar schneit. Heute herrscht beim Nachwuchs ohne weiteres mehr Freiheit und vor allem mehr Selbstbewußtsein; denn die Umwelt gestattet ihm in der Jugend viel mehr Bewegungsfreiheit. Ich glaube, das ist auch gut so! obgleich manche das Gegenteil behaupten!

Anderer war's früher mit dem Proletenwachstum in der Stadt und noch ganz anders „auf“ dem Dorf. Gewiß fanden sich auch hier die Jugendlichen, die Buchen und Nadeln zusammen. Das wird wohl immer der ganz natürliche Magnet herbeiseits bleiben. Aber ganz instinktmäßig sonderten wir uns schon in Gruppen. Die „Besseren“ für sich und dann die für sich, die in den Augen der Spieler darunter folgen. Diese stillschweigende Gruppierung lag vor allem in der geldlichen Bedeutung der Eltern. Aber man war damals nichts als eine Null — das war Jugend. Man hatte absolut keine Bedeutung, mußte sich in allem zurückhalten. Im Betrieb, beim Unternehmer oder Meister war man so eine Art notwendiges und scheinbar nur geduldetes Uebel, das nur für alles verantwortlich gemacht wurde. Zu Hause war es auch im Durchschnitt nicht viel besser. Ueber diese Jahre konnte nur die Hoffnung hinweghelfen, daß sie ein Uebergang sind und gar manches junge Menschenkind hat sie nur überstanden durch Schanden an persönlichen Willen und Charakter.

Einen Tanz, etwa auf dem Marktplatz, sogenannte Volkstänze oder rhythmische Tänze im Freien wie heute, die gab's noch nicht. Die Musik dazu, die Berse und wohl auch die Bewegungen, ich glaube, das war alles noch nicht entdeckt. Und dennoch gab es

Bei der Besprechung der Hilfsaktionen des IGB. zugunsten des englischen Generalstreiks und der Bergarbeiterausperrung sowie der internationalen Anleihe für den britischen Gewerkschaftsbund dankt Purcell in äußerst herzlichen Worten für das große Entgegenkommen der verschiedenen Landeszentralen und die trotz der schwierigen Lage der meisten Länder bewiesene weitgehende Solidarität. (Die Sammlung zugunsten des Generalstreiks ergab die Summe von Fl. 473 000, die Hilfsaktion für die Bergarbeiter Fl. 1 550 000, die Anleihe für den britischen Gewerkschaftsbund Fl. 950 000.)

Die Besprechung der Frage Amsterdam-Moskau leitet Hids mit der Unterbreitung folgender Resolution ein:

„Im Hinblick auf das wiederholte erste Gesuch des britischen Gewerkschaftsbundes und die sich aufdrängende Notwendigkeit einer geeinten internationalen Gewerkschaftsbewegung erklärt sich der Ausschuss des IGB. mit der Anberaumung einer ohne Vorbedingungen beider Parteien abzuhaltenen Konferenz einverstanden, und zwar unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß eine solche Konferenz sich auf Vertreter des IGB. und des All-russischen Gewerkschaftsrates beschränkt.“

Da Moskau auf die früheren Beschlüsse des Ausschusses betr. den Beitritt der Russen zum IGB. nicht einging, schlägt Stenhuis vor, ohne weitere Diskussion zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag wird mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen, die Resolution selber mit 12 gegen 6 Stimmen verworfen. Für die Resolution stimmen: Purcell, Brown, Hids, Dürr, Tayerle und Timmen, dagegen: Souhauz, Mertens, Leipart, Dubegeest, Sassenbach, Stenhuis, Buozzi, Caballero, Grafmann, Madjen, Julawski und Smit.

Von den Bestrebungen in den baltischen Ländern, den Konferenzen in Skandinavien und im Baltan, der Wirksamkeit des Arbeiterinnenkomitees usw. wird mit Genugtuung Kenntnis genommen.

Der Bericht der Revisionskommission und die von ihr gemachten Vorschläge für eine Reorganisation des Bureaus werden ausführlich besprochen. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Vorschläge werden einschließlich des Finanzvorschlages für 1927 an den Vorstand bzw. das Sekretariat zurückverwiesen. Die Ende Februar anberaumte Vorstandssitzung wird sich mit den Vorschlägen befassen, über die die nächste Ausschussfiktung und der Pariser Kongress definitiv beschließen sollen.

Die Zulassung der Landeszentralen von Argentinien (82 000 Mitglieder) und Litauen (17 000) Mitglieder sowie der südafrikanischen Organisation farbiger Arbeiter „Industrial and Commercial Workers Union of Africa“ (40 000 Arbeiter) wird gutgeheißen. Die Aufnahme der letzteren Organisation erfolgt unter der Bedingung, daß sie sich bereit erklärt, bei der entl. Gründung einer Gewerkschaftszentrale, die weiße und farbige Arbeiter aufnimmt, dieser beizutreten. Der bis jetzt dem IGB. angeschlossene Südafrikanische Gewerkschaftsbund wird von der Liste gestrichen, da diese Organisation während der letzten Jahre nichts mehr von sich hören ließ und wahrscheinlich zu existieren aufgehört hat.

Zu eingehenden Verhandlungen führt die Frage der Vertretung der Gewerkschaftsbewegungen verschiedener Länder. In bezug auf Italien hält es der Ausschuss für notwendig, die italienischen Gewerkschaften in noch zu vereinbarendem Maße moralisch und finanziell zu unterstützen. Er beauftragt den Vorstand in der nächsten Sitzung diese Angelegenheit erneut zu prüfen. Die Landeszentralen sollen angefragt werden, ob sie bereit sind, die unter anderen Voraussetzungen zugesagten Mittel auch bei der jetzigen Lage zur Verfügung zu stellen. Was Litauen betrifft, so wird beschlossen, bei der litauischen Regierung gegen die Vergewaltigung der Gewerkschaftsbewegung zu protestieren und das Internationale Arbeitsamt zur Einleitung einer Erhebung über die gewerkschaftliche Freiheit in diesem Lande aufzufordern.

Ein Antrag, der den Ausschuss beauftragt, am Sonntag vor der Eröffnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz in den größten Städten der verschiedenen Länder Demonstrationen zugunsten der Ratifizierung der bereits angenommenen Konventionen zu organisieren, wird aus praktischen Gründen abgelehnt.

Im Zusammenhang mit einem im Mitteilungsblatt der Sozialistischen Arbeiter-Internationale veröffentlichten Artikel über die Möglichkeit eines Krieges zwischen Italien und Jugoslawien wird das Sekretariat beauftragt, sich in dieser Angelegenheit mit dem Sekretariat der Sozialistischen Internationale in Verbindung zu setzen.

in unserm Steinklopferneft laute Musik und Tanz. Dem haben wir jungen Leute beiderlei Geschlechts gern zugehört. Das war allerdings der Tanz der Großen und Großen, die Größe am Jahresalter gemessen. Wenn so am Sonntag die Blechmusik krakeelte, bezwischen die Klarinette entsehrlich jammerte, wimmerte und die Geige unheimlich kratzte, war dies dennoch damals eine „Freude“. Rhythmus oder besser wohl gesagt: Takt und Schmit lag da schon drin! Und die Töne waren so, daß der Schmerztrigge sie glatt vernehmen konnte ohne jeden Hörsapparat. Das Harmonische der Musik kam erst in 2. und 3. Linie. Obgleich ich von Musik damals nichts verstand und heute ist es noch ebenso, wurde mir dennoch bei diesen Tönen immer ganz sippelig zumute. Also diesem stampfenden, musikalischen Krakeel haben wir — meine Jugendgenossen und ich — oft und öfter zugehört, dazu das ganze Jungvolk. Meine Freundin war bald mehr bei der Sache wie die Tanzenden selber. Sie öfter wir dort waren, desto zappeltiger wurde sie und sah mit glühendem Gesicht dieser Hopserei zu. Eines Sonntags kam es dann so, daß ein Großerer wie ich, ein Junggefell vom anderen Fach zu mir im heimlichen Dialekt sagte: „Du lüttie Steenellobberjung, gw mi din Deern! Ja spring mit ehr herum, id dang mit ehr herum, dat heit se geen!“ Dazu hatte ich Einwendungen nicht zu machen. Gegenäuherungen hätten das Faustrecht erweckt. Der andere war größer, stärker und frecher wie ich, war sogar schon Gefelle — also nichts zu machen. Sie tanzte dann wirklich mit ihm davon, ich ging meiner Wege und habe dann die Musik im Saale des heimlichen Steinklopferneftes gemieden. Dieser Vorgang hat meinem innerlichen Leben einen ziemlich Ruck gegeben, der war sogar fühlbarer als alle Rüsse und sonstige, das man damals in den Werdejahren ohne große Widerrede hinnehmen mußte; nur wenigens davon war wirklich verdient oder gerecht verabsfolgt. Doch Strich unter diese Zeit.

Dann kam die nächste Periode! Die Wanderjahre, wo man tippelnd, sehtend und klopfend die Welt durchzog. An einem Ort wurde länger, am andern kürzer verweilt. Das das letztere zu infolge Arbeit und einigermaßen Verdienst, zog's mich am Sonntag doch wieder nach der Musik. Weniger wegen der Töne als der Gesellschaft halber. Das ging so beinahe zwei Jahre mal hier, mal dort, und wenn es schien, daß an einem Ort für mich eine Bleibe werden sollte, dann schaltete mir in den verschiedensten Dialekten aber dem Sinne nach fast immer das gleiche Sprüchlein entgegen: „Du großer Steinklopferjung mit der niederdeutschen Zunge bist nicht von hier, du wanderst wieder fort, suchst immer anderen Ort, willst nur Wässer!“ Diese Art Abweisung und Zurechtweisung war von der Vorsicht der jungen und älteren Ewastöchter geboren; diese Vorsicht ist ganz natürlich und hat überall Boden dort, wo Heiratslust besteht. Folgedessen blieb trotz allen frohen Mutes und Arbeitsgelegenheit der Steinklopfer-Hannes in der Fremde — ein Fremder. Das wäre so mein zweiter Abschnitt: Lustig und lustig, Leichtes Gepäd!

Ein Vorgang im dritten blieb damals fast keinem erspart, wenigstens dem nicht, der gesunde und gerade Knochen aufwies; ich meine die aktive Kommittezeit. Auch ein dicht beschriebenes Blatt für sich! Nachdem dann diese Zwangszeit abgewidelt war, wurde nochmals die Nase „Nichtung Fremde“ genommen, dann aber kam irgendwo doch die Verankerung. An diese Jahre mit ihren persönlichen Begleiterscheinungen denkt mancher freudig zurück; mancher andere aber hat in jener Zeit die größte Dummheit in seinem Leben gemacht, die sich selten oder überhaupt nicht wieder korrigieren läßt. Das muß nun so jeder mit sich selber abmachen; ich habe das auch gemußt. Es sind die Jahre des Haftens und der

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gespräch:

1. Gau. N. W.: In Zöbenbüren und Umgebung sämtliche Betriebe der Steingewinnung und Steinbearbeitung. weil die Unternehmer nicht den Tarif respektieren.

2. Gau: In Dietschdorf, Bez. Leipzig, das Granitwert Dorjner. — Die Kösniger Quarzporphyrwerke G. m. b. H. (Geschäftsführer Haase in Leipzig).

4. Gau: In Erlurt das Grabsteingehäft Schleipfer.

6. Gau: Vom Werkstein- und Pflasterbezirk des Odenwaldes ist Zugang fernzulegen. — In Freiburg (Baden) die Firma Südbau, G. m. b. H., Schwarzwaldftr. 133, für Steinmehlen wegen Maßregelung.

Streit:

4. Gau: In Hannover Steinmehlen, Kunststeinbearbeitung, Kanalbau Misburg-Hannover.

Zwei Verbindlichkeitsklärungen von Tarifen (Bairische Granitsteine und bairische Werksteinbearbeitung). Die Reichsarbeitsverwaltung teilt unterm 24. Januar folgende Entscheidung mit:

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verband Bayerischer Granitwerke, Schleifereigruppe, Sitz Bayreuth.
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig, Gau 7, Wunsiedel i. F. Berufsverband deutscher Steinarbeiter, Gau Bayern, München.
2. Abgeschlossen am 6. Oktober 1926 (Landestarifvertrag).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeitnehmer in Granitsteinebearbeitung.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Bayern, rechts des Rheins.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. Dezember 1926. Im Auftrage: Dr. Busse.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verband Bayerischer Granitwerke, Werksteingruppe, Sitz Bayreuth.
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig, Gau 7, Wunsiedel i. F. Berufsverband deutscher Steinarbeiter, Gau Bayern, München.
2. Abgeschlossen am 6. Oktober 1926 (Landestarifvertrag).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeitnehmer in der Granitwerksteinindustrie.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Bayern, rechts des Rheins.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. Dezember 1926. Im Auftrage: Dr. Busse.

Kirschhausen. In der Versammlung vom 22. 1. 1927 wurde beschlossen, die Namen folgender Kollegen wegen ihrer langjährigen Verbandszugehörigkeit im „Steinarbeiter“ bekanntzugeben: Anton Oswald 23 Jahre; Franz Hilbrand, Peter Trares, Franz Aziz, Alois Hallermeier, Karl Zellner, Johann Moser gehören 22 Jahre; Johann Esinger, Franz Hallermeier, Jakob Braun, Georg Antes bereits 21 Jahre und Michl Lernbecher und Joseph Edl gehören 20 Jahre dem Verbände an. Den jüngeren Kollegen ein Beispiel, um den Jubilaren nachzueifern in der Organisationstreue.

Sorge, Freud und Leid wechseln ab, wie das wohl immer so kommt, wenn zwei zusammenleben und aus diesen zweien dann mehrere werden und diese mehreren sich dann nicht so entwickeln, wie es gewünscht wird. Unter diesen Umständen, aus dem Bände zur Geschichte des persönlichen Lebenslaufs geschrieben werden könnten, fällt ein bieder schwarzer Strich. Der mit folgendem hingelegt werden kann: „Dummer Steinklopfer-Hannes, jetzt geht's in den Krieg! Lade dein Gewehr, schultr dein Gewehr, denk nur an Sieg!“ Hierin liegt schrecklich viel Lebensungemach, das an dieser Stelle nur angeudeutet werden braucht. Doch auch diese lange, lange Zeit verging, aber als schwarze Wolke hängt sie heute noch in meinem, wie wohl in jedem Leben eines andern Steinklopfers.

Eines Tages war ich also dann doch wieder daheim, hörte wieder den Dorfdealekt und an meinem Ohr Klang's: „Du hüchsig Steenellobberjung bist wedder to Hus? Arbeit wat du kannst, kloß nur Steen wat du kannst, sonst geht uns allens kaputt.“ Das war die Periode, wo angeblich „uns nur Arbeit retten“ können sollte. Mit mir haben dann viele andere ohne Unterlaß geklopft, hatten alle den festen Glauben an das kommende Gute, wie Freiheit, Wohnung, ausreichenden Verdienst; denn damit ist bekanntlich verbunden: Lebensmut, größeres Stück Brot und ein bißel darauf zu schmieren, keine Margarine oder Pferdefeßel. Doch wie schaut's aus? Mit mir lauern heute noch viel andere auf die Verwirklichung dieser wesentlichen Lebensdinge. Der Verdienst, die einzige Grundlage zur Existenz, wurde bereits gekürzt, bevor er die Stufe „ausreichend“ noch längst nicht erklommen hatte oder die Steigerung der Lebenshaltungskosten zum gleichbleibenden Lohn, war in der Wirkung eine Lohnkürzung! Dieser bellagene Zustand hat viel dazu beigetragen, die Meinungen durcheinander zu wirfeln. Den Glauben vieler zu erschüttern und bei manchem die Ueberzeugung zu wecheln. Die dann einsehenden Auseinandersetzungen über diese Vorgänge, die meistens auch recht kurzichtig und einseitig gewertet wurden, haben viel dazu beigetragen, die sich erst so hoffnungsvoll entfaltende Kraft der Arbeitsmänner in Staat, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft zu rücken zu lassen. Aber ich habe keine Lust, hierauf weiter einzugehen, denn dann müßte ich in die Politik steigen, was mir nicht liegt und wodurch ich auch mit manchem „Steinarbeiter“-Veser in Konflikt kommen könnte.

In der Politik fehlt mir und wohl auch noch vielen anderen die richtige Erziehung; denn soweit ich hineingucken, handeln und urteilen kann, ist Politik „die Kunst des Möglichen“. Starrheit in der Politik, gestützt auf Richtlinien und Formeln ist überhaupt keine Politik. Aber wie gesagt, ich lasse die Finger davon. Diese Periode in meinem Lebenslauf wird festgehalten aus Unterhaltungen mit früheren Wollenstürmern, die hin und wieder an meinem Steinhäusen stehen und „bischürriren“. Der Extrait ist dann meistens so: „Arme Steenellobber-Hans, du blüßt di immer glief, din Lohn is sehr gering, wenn din Schlag od noch so flint, de Hammer moßt di nimmer rief.“ Damit will man mich gern irremachen am Lebensziel und hinüberzerren zum Fatalismus, zur Gleichgültigkeit, zum Indifferentismus. Und mancher andere Arbeitsmann ist diesem Weg leider schon gegangen, Steinklopfer natürlich auch, denn sie sind bei allem dabei. Viele machten wieder kehrt, aber ebensoviele rennen in ihrer Gedankenlosigkeit weiter ins Dunkel und schädigen damit die anderen, die trotz Not, Bedrängnis und Rückschläge an ihrem Ziel trotz alledem festhalten! Die Zukunft gehört der Arbeit! gehört den Arbeitsleuten! Daran halte ich fest, solange, bis ein „Hein“, der Senfemann, auf meine Schulter tippt und den Schlufftrich unter mein armelloses Steinklopfer-Leben zieht. Der

Achtung, Verbandsmitglieder! Die Betriebsräte wählen müssen wiederum in einigen Wochen vollzogen werden. Deshalb tritt die Betriebsratsfrage wieder lebhafter in Erscheinung. In den Unternehmernblättern wird neben den Betriebsratswahlen auch zugleich ein Urteil über die Einrichtung der Betriebsräte selbst abgegeben. Wir greifen hier einen Artikel der „Bergwerks-Zeitung“ vom 30. Januar heraus. Wir finden dort u. a. folgende Meinungsäußerung: „Wenn man die Tätigkeit der Betriebsräte in den letzten zwei oder drei Jahren überblickt, so kann man nicht umhin, festzustellen, daß ihre Bedeutung ganz erheblich zurückgegangen ist. In den Kreisen erfahrener und älterer Arbeiter macht sich eine weitgehende Interessenlosigkeit an den Vorgängen im Betriebsrat und bei seiner Wahl geltend. . . . Vielen Arbeitern kam immer mehr zum Bewußtsein, daß das Betriebsrätegesetz tatsächlich ein Fehlschlag war. Das führte dazu, daß in vielen mittleren und kleineren Betrieben überhaupt eine Wahl nicht mehr zustande kam und sie ohne Arbeitervertretung und ohne Obmann blieben.“ Das Schwerindustrielle Blatt druckte dann mit Wohlbehagen einen Aufsatz der „Roten Fahne“ ab, der zum gewerkschaftlichen Massenkampf und zur revolutionären Gewerkschaftsopposition aufforderte. Zum Schluß wird für eine Heraushebung des Wahlalters Stimmung zu machen versucht.

Wenn die Betriebsräteeinrichtung so an Bedeutung verloren hätte, würde man sich zweifellos nicht soviel mit ihr beschäftigen. Nicht zu verkennen ist, daß auch in den Reihen der Arbeiter eine kühlere Beurteilung der Betriebsratsorgane Platz gegriffen hat. Man hatte die Erwartungen zu hoch geschraubt und in sehr vielen Fällen hat es auch an Leuten gefehlt, die ein solches Amt auszufüllen verstanden. Zu dem Posten eines Betriebsrates gehört nicht nur die Fähigkeit, den Kollegen gegenüber eine gewisse Autorität zu erlangen, sondern auch ein rascher Ueberblick über tatsächliche Möglichkeiten der jeweiligen Lage und vor allem wirtschaftliche Einsicht und Kenntnisse. Daran hat es manchmal gefehlt. Aber dies war vorauszusehen. Die Gewerkschaften, als die Träger der Betriebsrätebewegung, haben trotz aller Schwierigkeiten in den wenigen Jahren mit Erfolg einen Stamm von Funktionären heranzuziehen vermocht, die das Amt des Betriebsrates voll und ganz auszufüllen in der Lage waren. So muß es weitergehen. Von den Arbeitskollegen in den Werkstätten, Bauplätzen und in den Steinbrüchen verlangen wir größeres Verständnis für die Betriebsratsfragen. Die Betriebsräte waren ein Teil jener großen Forderungen, die die Gewerkschaften an einem sozialen Staat stellten. Doch ein Gefäß bleibt ein leeres Gefäß. Es mit Inhalt zu füllen, ist Aufgabe derer, denen es angeht. Mögen deshalb die Betriebsratswahlen dazu benutzt werden, um Aufklärung zu schaffen und Verständnis dafür zu erwecken, daß der Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft mit Schwierigkeiten gepflastert ist. Ein Anfang zu der großen Tat war die Schaffung der Betriebsräte. Von der Fähigkeit, dieses Instrument benutzen zu können, wird die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie mehr oder weniger abhängen. Der Aufruf auf der ersten Seite des vorliegenden „Steinarbeiter“ verlangt eingehende Beachtung und Befolgung!

Steinseker und Pfasterer.

Bauenburg in Pom. Am 16. Januar 1927 fand unsere Generalversammlung statt. Nachdem dem alten Vorstand Entlastung erteilt worden war, wurde der neue Vorstand aus folgenden Kollegen zusammengesetzt: 1. Vorsitzender: Rudolf Siedelmann, 2. Vorsitzender: Walter Koch, 1. Kassierer: Ernst Kropp, Schriftführer: Albert Radke, Revisoren: Karl Glendt und Joseph Czaja. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir im neuen Jahr nicht ruhen dürfen, sondern an der Gewerkschaft weiterzubauen müssen. Weiter muß vor allen Dingen der Gemeinschaftssinn wachsen, das Solidaritätsgefühl und die kollegiale Gesinnung müssen ausgebaut werden, und wenn uns diese Eigenschaften zur Gemeinschaft zusammenballen, kann sich das große Werk von Karl Marx erfüllen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Berlin. Am Sonntag, dem 23. Januar 1927, fand im Gewerkschaftshaus eine Funktionärstagung der Steinseker-Fachgruppe statt mit der Tagesordnung Reichstagsrindbindung und Wohlfahrtskasse. Kollege Schenke gab einen Ueberblick über den Stand der Verhandlungen zum Neuabschluss des arbeitgeberseits gekündigten Reichstagsvertrages. In der anschließenden Diskussion kam die einheitliche Auffassung zum Ausdruck, daß das Bestehende mit

wird dann vielleicht und dazu sicherlich in meinem Heimatdialekt sagen: „Du olle Steenlobber-Hans, stiebst noch immer an de Chaussee? Wie lang soll dat noch durn? Wie lang soll dat noch gohn? Kumm, lat din Quaasch und legg den Steenen nur adee!“ Damit wäre dann meine Lebensbahn abgeschnitten.

Was ich vorstehend dargestellt habe, ist natürlich keine Lebensgeschichte, es sind gewissermaßen nur die zurückliegenden und der letzte Haltpunkt, und zwischen diesen quält sich das Leben ab. Des Steinklopfers Dasein verläuft meistens sehr gerade, wenn er festhalt geworden ist. Früh in den Bruch oder sonstigen Betrieb, dann wird darauf losgepöcht mit und ohne Schablone, dazwischen der Kampf mit den Betriebsgewalten, der Versuch bei der Berechnung, trotz Tarif, einseitig einen Vorteil für den Unternehmer festzuhalten. Manchmal eine Woche Steinklopperei und der Broden geht in die Binsen, dann ohne Lohn, aber mit Vorbehalt beladen geht's heim. Und so geht es, ein nach dem anderen zu, wie man in Nordbayern sagt. Wehmlich wiederholt es sich bei jedem. Dagegen kann ich an meinen Steinbroden nichts mehr verderben, brauche auch kein Richtscheit, keine Schablone und keinen am Stein herumknüffelnden Polier; das war früher mal und hat mich oft genug veranlaßt, die vielen Buden von draußen zuzumachen. Heute ist das also anders geworden und wenn ich dann so in den großen Steinbroden herumwühle, tauchen die alten Erinnerungen auf, die ich dann jedesmal mit dem Hammerhieb verschleuche mit dem Gelächris: Ich bleib der

Steinklopfer-Hannes.

Bagabunden-Lied.

Von Otto Ziese.

Ich habe keinen Garten, ich habe auch kein Haus,
Und kenne kein Erwarten zum frohen, lustigen Schmaus.
Bin niemandem ergeben und spiele nicht den Herrn —
Ich habe nur mein Leben und lebe das so gern.

Ich habe auch kein Liebchen mit rotem Lippenpaar
Und mit zwei Schelmengrübelchen und sammetweichem Haar —
Mich lockt kein Mund zum Küssen in kühlter Maternacht,
Nur wandern, wandern müssen, das ist mir zugebracht.

Und nirgends ein Verweilen, es hält mich keine Pflicht,
Nur immer weiterreisen durch Sturm und Sonnenlicht —
Es ist kein Ziel gesprochen und keine Zeit benannt,
Hin über Tag und Wochen durch Dorf und Stadt und Land.

Der Traum ist mein Gefährte, den ich mir selber schuf,
Der meines Daseins Härte erklärt mit seinem Ruf,
Der tiefe Herzensmunden zum Schließen kühlend preßt
Und mir in trüben Stunden mein Liedchen singen läßt.

Mag's dabei herbstlich tollen, mag's harter Winter sein,
Ob graue Wolken trolen, ob weiße Floden schneien —
Aufdrück' ich um so fester den alten Wetterhut —
Ich hab' nicht Brüder, Schwester, zu mir ist niemand gut.

Wird einstens mir zuwider dies Herbe Pilgerlos,
Beg' ich mich stille nieder in grünen Rasenschloß
Und schlückte ab die Trenje und schrei mit bleichem Mund:
Komm, Freund, mit deiner Senke, und hol' den Bagabund!

(Aus der Holzarbeiter-Zeitung.)

allen zulässigen Mitteln zu erhalten bzw. zu verbessern sei. Zur speziellen Regelung der Bestimmungen über die Wohlfahrtskassen lagen u. a. auch Anträge des Spandauer Bezirks vor. Die Konferenz kam zur Ablehnung dieser Anträge, da alles vermieden werden müße, was den Fortbestand der Wohlfahrtskassen gefährden könne. Kollege Schenke betonte, daß sich diese Einrichtung auch sehr gut zur Erleichterung der Durchführung der sonstigen tariflichen Bestimmungen bewährt hat. Sind doch namhafte Summen zur Unterstützung nichtorganisierter Arbeiter durch sie ausgebracht worden; so wurden Außenseiter gezwungen, den Tarif und die Entschiede der Tarifinstanzen zu beachten. Er ersuchte die Funktionäre, mit aller Energie für den Fortbestand der Wohlfahrtskasseneinrichtungen einzutreten. Die endgültige Stellungnahme soll einer kombinierten Versammlung vorbehalten bleiben, die am Sonntag, dem 27. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Musikersälen tagen wird. Bis dahin soll auch eine Abrechnung durch die Kommission veröffentlicht werden. Nachdem den Funktionären dann noch die Agitation für die Erwerbung der vom Kollegen A. Knoll verfaßten Geschichte der Straße usw. aufs beste empfohlen und Zahlungserleichterungen durch Herausgabe von sogenannten Geschäftswertmarken in Aussicht gestellt wurden, schloß Kollege Kaulen-Berlin die arbeitsreiche Tagung.

Bernburg. Der Kollege Böttcher eröffnete die Versammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gab der Kollege Böttcher den Geschäftsbericht und freite darin unsere Kämpfe im Jahre 1926. Er erklärte den Kollegen, wenn wir in unserem Bezirk auch von den Kämpfen verschont geblieben sind, so hat aber doch der Hauptvorstand eine große Summe für Lohnkämpfe ausgegeben. — Aus der Abrechnung vom 4. Quartal war zu ersehen, daß in der Zahlstelle gut gewirtschaftet wurde. Die Mitgliederzahl ist gestiegen bei der Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender und Kassierer Böttcher, als 2. Vorsitzender Träger und als Schriftführer Leist gewählt. Im 4. Punkt wurde die Wahl einer Lohnkommission für die Steinarbeiter erledigt. Dann sprach der Kollege Schlegel über Tariffragen und spornte die Kollegen an, gut zusammenzuhalten, damit noch mehr erreicht wird.

Berlin. Generalversammlung am 8. Januar 1927. Anwesend waren 20 Mitglieder. Auf der Tagesordnung standen 4 Punkte. Die erste Mitteilung vom Zentralvorstand erstreckte sich lediglich auf der Basis, um pünktliche Abrechnung, das dem Kassierer anheimgestellt wurde. Als zweites: Kündigung unseres Reichstages. Der Vorsitzende Bleibel gab den Jahresbericht. Er führte aus: Das Jahr 1926 war im Steinsekerberuf nicht sehr zufriedenstellend. In Kämpfen reich, an Arbeitslosigkeit flau. Im Jahre 1926 hatten wir eine Generalversammlung, eine außerordentliche und 7 Mitgliederversammlungen. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde von den meisten Zahlstellen abgelehnt. Unser Wintervergnügen endete mit einem Defizit von 82 Mk. Die Lohnkämpfe mit der Firma Schmidt u. Sohn erledigte unser Gauleiter, Kollege Schenke, wir hatten aber trotzdem das Nachsehen, weil die Firma Konkurs machte. Der Vorsitzende endete mit den Worten: Seit einig und stark! Den Kassenbericht erstattete der Kollege Schwandt, der Bericht wurde für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Gewählt wurden zum ersten Vorsitzenden Emil Bleibel, zum zweiten Vorsitzenden Paul Schulz, zum Kassierführer Willi Schwandt, zum Kassierer Paul Bud, Hilfskassierer Johannes Schmecke, Schriftführer Fritz Drume, Revisoren Koch und Prückle, Bannerträger Schumann, Begleiter Koch und Bud. Der Vorstand verlas noch ein Schreiben, betreffs Delegation von zwei Kollegen nach Steffin. Gewählt wurden Schwandt und Bleibel. Mit einem kräftigen Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

(Red.: Bericht war wieder auf beiden Seiten beschrieben, das ist unzulässig.)

Steinarbeiter.

Langenaltheim. Am 16. Januar 1927 hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, die leider schlecht besucht war. Ein Zeichen der Gleichgültigkeit, wäre aber alle acht Tage Lohnverhandlung, wäre der Besuch ganz anders. Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahresbericht. 2. Entlastung der Verwaltung. 3. Neuwahl. 4. Was geht in der deutschen Wirtschaft vor? Referent: Gauleiter Kollege Herrmann. 5. Verschiedenes. Kollege Möhner gab den Jahres- und Kassenbericht. Es wurde alles in bester Ordnung befunden, worauf Entlastung erteilt wurde. Bei der Wahl wurden einstimmig wiedergewählt: Johann Bieswanger Vorsitzender, Karl Möhner Kassierer, Christoph Bartel Schriftführer, Heinrich Grimm Unterassistent, Johann Rauch und Fritz Schreiber Revisoren. Der neue Gauleiter begrüßte die Anwesenden und wünscht, daß auch ihm das volle Vertrauen und die Unterstützung zuteil werden wie seinem Vorgänger. Dann gab der Kollege eine vorzügliche Uebersicht von der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands beziehungsweise Europas. Er griff jurid in die Vortragszeit bis zum heutigen Tage. Keinen guten Eindruck machte auf ihn der schlechte Besuch. Er forderte die Anwesenden auf, auch auf die Fernstehenden einzuwirken, damit sie mitihelfen am Aufbau der Gewerkschaft. Großer Beifall wurde den vortrefflichen Ausführungen des Kollegen Herrmann gezollt. Das Referat wurde diskussionslos entgegengenommen. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch örtliche Angelegenheiten geregelt. Kollege Herrmann übermittelte bereits eingangs Grüsse von seinem Vorgänger, Kollegen Lohse. Der Vorsitzende dankte und bat Kollegen Herrmann, im Namen der Zahlstelle die herzlichsten Grüsse an Kollegen Lohse zu überbringen. Mit einem Appell an die Kollegen, auch im neuen Jahre mitzuarbeiten, um den Verband vorwärtszutreiben, schloß die Versammlung.

Zwidau. Die Zahlstelle Zwidau hielt am 16. Januar ihre Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab Kollege Steininger bekannt, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Filialbezirk soweit zufriedenstellend gemessen ist, besonders im Steinsekerberuf. Auch gelang es noch am Ende des Jahres, einen Landestarif für das Steinsekerergewerbe abzuschließen. Mit Recht bemängelte er den schlechten Versammlungsbesuch im vergangenen Jahre und wünschte in Zukunft eine Besserung. Dann gab Kollege Winkler den Kassenbericht, der von den Revisoren in Ordnung befunden wurde, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Des weiteren machte der Vorsitzende auf die Beitragserhöhung und auf die uns in Zukunft erwachsenden Ausgaben aufmerksam. Im 2. Punkt wurden folgende Kollegen gewählt: Steininger 1. Vorsitzender, Trentsch 2. Vorsitzender, Winkler 1. Kassierer, Bauer 2. Kassierer, Borgelt Schriftführer, Kößel und Johm Revisoren. Im Punkt Verschiedenes fragte ein Kollege über die Angelegenheit der Filiale mit dem Verbandsredakteur an, worauf der Vorsitzende das Schreiben des Hauptvorstandes verlas. Kollege Winkler gab sich damit nicht zufrieden. Auch andere Kollegen verurteilten die politische Einstellung des Redakteurs aufs härteste. Eine dementsprechende Resolution wurde eingebracht und nach lebhafter Debatte mit 26 gegen 1 Stimme angenommen. Nachdem noch einige organisatorische Fragen zur Aussprache kamen, wurde die Versammlung geschlossen.

Flossenbürg. Am 16. Januar 1927 fand in Flossenbürg eine Versammlung statt, einberufen von dem Bezirksverband der Steinarbeiter (christlich). Den Vorsitz führte deren Gauleiter Wettenmann-München. Natürlich wurde hierzu auch unsere Organisation eingeladen. Sie war auch in überwiegender Mehrheit gegenüber den christlich Organisierten vertreten. Wettenmann referierte über „Die letzten Vorgänge in der Granitindustrie und der Berufsverband deutscher Steinarbeiter“. Also Vorgänge, worüber unsere Kollegen schon vor 2 bzw. 3 Monaten aufgeklärt wurden. Die Tagesordnung war die Auswertung des Artikels im „Steinarbeiter“ Nr. 1 vom Gauleiter Kollegen Schmidt. Entrüßelt feuerte Wettenmann allen möglichen Unsinn gegen diesen wahrheitsgetreuen Bericht. Er betonte, daß er sich von uns keine Unterstützung erbittelt habe; auch wäre es eine traurige Tat, etwas zu

unterzeichnen, wo man vorher nicht selbst mit dabei gewesen wäre. Warum nun Wettenmann dennoch die Verbindlichkeitsklärung unterzeichnete, hat er nicht verraten. Von unseren Diskussionen wurden Wettenmann verschiedene Punkte vorgehalten. Ein Herr Heinrich von Lunstedt wollte auch etwas schwagen über Gauleiter Schmidt, fand aber leider nur ungereimtes Zeug in seinem Speech. Nachtrags ist uns Herr Heinrich der Ungereimteste, über unsere Sachangelegenheiten zu urteilen. Herr Wettenmann aus München hat, trotz der großen Anstrengung in Worten, in Flossenbürg keine neuen Anhänger bekommen. Mit einem kräftigen Mundwerk ist der Arbeiterkampf noch längst nicht geholfen; denn heutzutage kommt es nicht auf Worte, sondern nur auf die Tat und Leistung einer Organisation an. Die Versammlungen haben jedenfalls diesen Eindruck mit nach Hause genommen. Mit herzlich angehauchten Wägchen sind heute keine Steinarbeiter mehr zu gewinnen.

Alsbek. Generalversammlung am 23. Januar 1927. Der Vorsitzende, S. Weise, eröffnete diese mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Jahresbericht von 1926. Abrechnung vom vierten Quartal 1926. Vorstandswahl. Verschiedenes. Wahlen. Bericht vom Kongreß der Werksfähigen. Verschiedenes. Ueber Aufnahme neuer Mitglieder erstattet der Kassierer und Vorsitzende Bericht. Nach dem Jahresbericht fanden 4 Konferenzen (Bernburg und Kassel) statt, ferner 3 Lohnverhandlungen in Bernburg. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1926 wurde in Ordnung befunden von den beiden Revisoren. Daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In der Vorstandswahl wurde wieder 1. Vorsitzender und Kassierer Kollege S. Weise. Er sah Kollege F. Wagner. Schriftführer: Otto Bönike. Revisoren: Die Kollegen Schmidt, Kapp und Benzel. Als Delegierter zum Verbandsrat soll Kollege S. Weise aufgestellt werden. Den Ortsauschuß der Gewerkschaften: Kollegen F. Wagner, K. Kapp und S. Weise. In die Lohnkommission nach Bernburg für 1927 wurden die Kollegen S. Weise und D. John gewählt. Vom Kongreß der Werksfähigen in Berlin erstattet Kollege John Bericht. Die Versammlung war mit den Ausführungen einverstanden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, unsere Reihen zu stärken. (Red.: Bericht war wieder auf beiden Seiten beschrieben. Kann denn das so schwer Beachtung finden?)

Leipzig I. Bericht der Generalversammlung am 9. Januar 1927 mit der Tagesordnung: Gesamtjahresbericht. Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes. Ehe in die Verhandlung eingetreten wird, gedenkt der Vorsitzende der in diesem Jahre verstorbenen drei Kollegen: Aug. Petal, 49 Jahre, Wilhelm Burjoc, 42 Jahre, Karl Willwig, 54 Jahre. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Als Verbandsleiter wird Kollege Kaschmann bestimmt. Vorsitzender Kraß gibt dann den Jahresbericht, leider muß er feststellen, daß der Verlauf der Versammlungen und Vorträge viel zu wünschen übrig läßt, er hofft, daß es in diesem Jahre besser werde. Lohnverhandlungen haben in diesem Jahre nicht stattgefunden. Betreffs des Arbeitsnachweises bemängelt er, daß viele Kollegen ohne Arbeitsnachweis in Arbeit getreten sind, von 256 Vermittlungen sind 171 zu Recht, der Rest sei hinten herum zustandegemommen, er hofft, daß dies in Zukunft unterbleibt. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 182, zur Zeit 159, gestorben sind 3, gekündigt 15 Kollegen. Den Kassenbericht gibt dann Kollege Hofmann an vom letzten Quartal. Die Gesamteinnahme beträgt 5391.92 Mark, die Gesamtausgabe 2432.10 Mark, so daß ein Bestand von 2959.82 Mark verbleibt. Kollege Kölling als Revisor stellt den Vorstand zu entlasten, nachdem er mitteilt, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden worden sind, dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Kollege Koch führt dann noch aus, daß im neuen Jahr wieder mehr Mut in die Leipziger Zahlstelle kommen möchte, er mahnt die Kollegen, die im vergangenen Jahre meistens durch Abwesenheit glänzten, trotz des wirtschaftlichen Tiefstandes in heutiger Zeit, wieder mehr Interesse der Gewerkschaft entgegenzubringen.

In der Neuwahl wurden dann nachstehende Kollegen einstimmig gewählt: 1. Vorsitzender Hermann Kraß, 2. Vorsitzender Albert Kabisch, Beisitzer Richard Kaschmann, 1. Kassierer Ostar Hofmann, 2. Kassierer Rudolf Hempel, 1. Schriftführer Erich Merkel, 2. Schriftführer Bernhard Kaufmann, Gewerbegerichtsbeisitzer Albin Raumann, Krankenkassenvertreter Richard Kaschmann, Kartellbelegierter Herrmann Kraß, Bauarbeiterklubdelegierter Walter Göhe.

Kollege Göhe gibt dann noch bekannt, daß in Leipzig unsere Plätze in Bezug auf Sauberkeit viel zu wünschen übrig lassen, nur die Plätze der Firmen Hermann Müller und Robert Schenker genügen den Bestimmungen des Bauarbeiterklubes, es soll in Zukunft Abhilfe geschaffen werden. Den Kollegen Haaf, Jürner, Schaaß und Range wird die lokale Weihnachtshilfe seitens der Generalversammlung noch zugesprochen, alle anderen Ansprüche sind nun verfallen. Kollege Koch beantragt, im nächsten Jahre die örtlichen Unterstützungen erst dann auszugeben, wenn 75 Prozent der Versammlungen besucht worden sind. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Zur Kontrolle wird eine neue Versammlungskarte herausgegeben. Die Versammlungen werden auf den ersten Dienstag eines jeden Monats festgelegt. Vorsitzender Kraß gibt dann noch bekannt, daß ein Gehalt an das Hochbauamt der Stadt Leipzig gerichtet worden ist betreffs Arbeitsbeschaffung. Kollege Müller von den Bildhauern bemängelt, daß sie in dieses Gehalt nicht mit unbegriffen wurden, obgleich seit langer Zeit die Bildhauer mit 100 Prozent arbeitslos sind. Betreffs des erweiterten Vorstands teilt Vorsitzender Kraß mit, daß in Zukunft die Platzvertreter von jedem Platz an den Vorstandswahlen teilnehmen sollen, genannte Kollegen haben ihre Adresse dem Vorstand mitzuteilen. Es erfolgt noch eine Aussprache über Vergebung von Marmorarbeiten des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz — nach Halle. Es wird festgestellt, daß die Arbeiten von einer hiesigen Firma nach Halle weitergegeben worden sind, die Schuld läge daran, daß infolge Befestens eines niedrigeren Tarifes die Firmen in Halle billiger arbeiten können und daß die dortigen Kollegen 54 Stunden arbeiten. In Zukunft sollen in dieser Beziehung vorzeitig Vorkehrungen getroffen werden. Kollege Hofmann gibt dann noch einen Bericht über die Reizeunterstützung. Er stellt fest, daß in Leipzig seitens der Zentrale 208.20 Mark und lokale Unterstützung 336.— Mark in diesem Jahre ausgegahlt worden sind. Der Vorwurf des letzten Verbandstags, Leipzig leiste in dieser Hinsicht wenig, ist nicht ganz zutreffend. Vorsitzender Kraß teilt dann noch mit, daß die neue Herberge des Volkshauses dem Verlehr übergeben worden ist, wo Schlafsaal, ein Mittagessen und Abendbrot gestellt wird. Mit der Hoffnung, daß im neuen Jahre unsere Zahlstelle wieder vorwärtskomme, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

Büchelberg. Am Sonnabend, dem 15. Januar, fand im Lokal Gastwirt Eißl eine gut besuchte Versammlung statt. Die Quartalsabrechnung, Bücher und Kasse waren von den Revisoren geprüft und alles in Ordnung befunden worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Wahl der Ortsverwaltung: Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Michael Probst wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde Kollege Ludwig Schröper. Als Kassierer wurde Kollege Joseph Probst wiedergewählt. Schriftführer blieb Kollege Alois Sickinger. Als Revisoren wurden die Kollegen Max Derich und Johann Krininger gewählt. Für den arbeitslosen Kollegen Max Schmidt, der bereits 21 Jahre der Zahlstelle Büchelberg angehört, wurden 10 Mark als Unterstützung aus der Lokalkasse gewährt. Ferner wurde von Kollegen Hasenöhrle die Anregung gegeben, für die Kollegen der Werkstättengruppe Rechnungsbücher einzuführen, denn der größte Teil unserer Kollegen muß mit dem zufriedenen sein, was ihm gegeben wird, weil er sich das Werkstätt nicht ausrechnen und auch nicht sagen kann: diesen Betrag muß ich bekommen für meine Arbeit! Die Anregung fand bei den Kollegen Anklang; in nächster Zeit werden die Rechnungsbücher eingeführt. Vorsitzender, Kollege Probst, erläuterte den in Passau stattgefundenen Wanderskursus und gab den Kollegen bekannt, über

was die Kollegen im Zentralvorstand Aufklärung gegeben haben, zur weiteren Information dienen die herausgegebenen Bücher, die jederzeit von den Kursteilnehmern die übrigen Kollegen zum Durchlesen haben können. In „Verschiedenes“ entwickelte sich eine Debatte. Von den Kollegen in der Pflasterbranche wurde arg kritisiert, daß sie ein volles Jahr lang in einem tariflosen Zustand stehen. Vorsitzender, Kollege Probst, erklärte den Kollegen das Verhalten der Unternehmer im bayerischen Wald, und auf welche Art und Weise die Unternehmer bereit sind, einen Tarif abzuschließen. Dabei ermahnte Kollege Probst, der Organisation treu zu bleiben, jeder Kollege solle mitarbeiten. Auch in den übrigen Zahlstellen im bayerischen Wald, wo es noch recht dunkel aussieht, sollten sie doch endlich erwachen und das jetzige Tageslicht richtig schauen, damit es nicht immer rückwärts geht, was die Mitgliederzahlen vierteljährlich beweisen. Vorwärts wollen wir! Hierauf Schluß der Versammlung.

Naumburg a. S. Generalversammlung am 15. Januar 1927.
 Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Ehe wir zur Tagesordnung übergingen, hielt Kollege Linke, Leipzig, einen Vortrag über den modernen Straßenbau. Zur Versammlung waren Vertreter der städtischen Straßenbaubehörde erschienen. Dem Vortrag wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Zur Diskussion meldete sich als erster Herr Baurat Hoffeld, der sich für die Einladung bedankte und äußerte, daß er dafür eintreten würde, um die neuen Straßen möglichst mit Kleinpflaster herzustellen; die anwesenden Steinmetzen wendeten sich ebenfalls an Herrn Baurat Hoffeld mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, damit nicht so viel Kunststein in Naumburg verarbeitet würde. Auch in dieser Hinsicht wollte er beitragen, damit in Zukunft der Naturstein mehr zur Geltung käme. Kollege Schneider verlas dann die Abrechnung vom 4. Quartal. Diese war von den Revisoren für gut befunden. Entlastung erfolgte. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Rudolf Weidner, als Kassierer Schneider, als Schriftführer Beuthahn, zu Revisoren die Kollegen Tröbs und Rlinger, als Unterkassierer Schurzfell. Die Versammlung beschloß, fünf Kollegen, die schon sehr lange erwerbslos sind, eine Beihilfe von je 10 Mark zu geben. Ferner wurde beschloffen, von der Wohlfahrtskommission Aufschluß zu verlangen über die Gelder von den Kollegen, die ihre Stundenzahl nicht erreicht haben.
 (Bericht nicht auf beide Seiten schreiben. Die Personennamen waren kaum zu enträtseln. Red.)

Rundschau.

Ueber den Bau einer Autofernstraße Berlin—Leipzig—München wurde in einer Konferenz am 11. Januar in Leipzig beraten. Vertreten waren das Reichsverkehrsministerium, die preussische, sächsische, thüringische und bayerische Regierung, der Reichsstadtebund, das Tiroler Landesverkehrsamt und weitere Behörden und Vereinigungen. In den Beratungen kam zum Ausdruck, daß eine neue reine Autostraße von Berlin nach München über Leipzig pro Kilometer 400 000 Mark oder insgesamt 267 Millionen Mark kosten würde. Bei Benutzung der vorhandenen Straßen, Erneuerung der Dämme, Ermäßigung der Krümmungen und des Gefälles, Anlage von Umgehungen usw. würden sich die Kosten für die erwähnte Straße auf 89 Millionen Mark belaufen. Die Teilnehmer einigten sich auf folgende Richtlinien: Eine Verbindung Berlin—Leipzig—München ist als ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil eines künftigen deutschen bzw. internationalen Autofernstraßennetzes anzusehen. Die notwendigen Vorbereitungsarbeiten sind schon jetzt in Angriff zu nehmen und raschestens durchzuführen. Zu diesem Zwecke ist eine Arbeitsgemeinschaft unter Heranziehung der interessierten Kreise zu bilden.

Die Reichszahlung für die Lebenshaltungskosten steigt weiter. Die Indexzahl des Monats Januar stieg auf 144,6 gegenüber 144,3 im Dezember. Die Steigerungen der Preise für Gemüse, Kartoffeln, Brot und Zucker konnten durch Nachgeben derselben auf anderen Gebieten des Nahrungsbedarfs nur zum Teil ausgeglichen werden. Weiter stiegen die Preise für Bekleidungsstücke leicht. Die Entwicklung der Indexziffer für die Lebenshaltung betrug in den letzten Monaten: Oktober 142,2, November 143,6, Dezember 144,3 und Januar 144,6. Seit dem Anfang des Jahres 1926 ist ein ununterbrochener Preisanstieg hier festzustellen. Wo bleiben demgegenüber die Lohnerhöhungen? Das ist die Frage, die sich ohne weiteres aufdrängt.

Deutschland für Sozialatmosphäre! (G.B.) Im Ausschuß für den Reichshaushalt bezeichnete Arbeitsminister Brauns die Ernennung von Sozialatmosphäre, die den deutschen Gewerkschaften in den großen Industrieländern zugeteilt werden sollen, als „dringend notwendig“. In 5 bis 6 Ländern sollen Dauerposten eingerichtet werden. Dazu können noch einige Stellen für Personen, die von Fall zu Fall hier und dorthin geschickt werden können. Ein anderes Mitglied des Ausschusses sagte in diesem Zusammenhang, es wäre eine dankenswerte und für Deutschland sehr nützliche Aufgabe, die Sozialatmosphäre der großen Industrieländer zu verfolgen. Von besonderer Bedeutung sei die Kontrolle darüber, ob und inwieweit Uebereinkommen in der Sozialgesetzgebung und in der praktischen Anwendung zur Auswirkung kommen.

Eine Republik, die ihrem Todfeinde Vermögen nachwirft. Es dürfte in der Welt kein zehntes Gebilde geben als die deutsche Republik. Seit Jahren nährt sie ihre Todfeinde, zahlt ihnen hohe Pensionen, für die sie keinen Finger krümmen zu machen brauchen. Jetzt wurde diesem Standal die Krone aufgesetzt, indem man dem Kapp-Putsch-General Lüttwich und dem berühmtesten Major Bischoff hohe Pensionen nicht nur zahlt, sondern auch nachzahlt. Lüttwich, ein geschworener Feind der Republik, bekommt pro Jahr eine Pension von 16 983 Mark. Das Besorgungsgericht sprach dieser Pension eine rückwirkende Kraft vom 1. Dezember 1923 zu, was diesem Vorfall nicht genügt. Auf seinen Antrag hin hob das Reichsverwaltungsgericht dieses Urteil auf und bewilligte die Pension ab 1. Januar 1923. Lüttwich konnte von jenem Staatswesen, das er zu stürzen unternahm und das er ungeheuer geschädigt hat, die Summe von 650 000 Mark auf einem Brett in Empfang nehmen. Wenn schon der ganze Pensionsstandal zum Himmel stinkt, so war dies die stärkste Belastungsprobe, die der gutmütigen deutschen Arbeiterschaft gestellt wird.

Die Winterkrise des Arbeitsmarktes. In den letzten Wochen ist die Erwerbslosenziffer nicht unwesentlich gestiegen. Allein in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 1. Januar konnte ein Zugang von unterstützungsberechtigten Erwerbslosen von 278 000 festgestellt werden. Die Zahl der Vollerwerbslosen, d. h. der Unterstützungsberechtigten, betrug Anfang November 1 308 000, Anfang Dezember 1 369 000 und Anfang Januar 1 745 000. Nach Meinung des Reichsarbeitsamtes tritt hierin die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes in Erscheinung, wie dies alljährlich der Fall sei. Das ist natürlich nur eine Behauptung, die von behördlicher Seite selbst früher nicht so stark in den Vordergrund gerückt wurde. Es wurde immer behauptet, daß die deutsche Industrie durch den Wirtschaftsaufschwung von sich aus die Krise überwunden habe und trotz der saisonmäßigen Verschlechterung in der Lage sei, den Arbeitsmarkt günstig zu beeinflussen. Nunmehr, da eine katastrophale Verschlechterung des Arbeitsmarktes feststeht, versucht man den Eindruck zu erwecken, als wenn dies in der Saison begründet liege. Die Besserung der Industrie wird nur dann zur Auswirkung kommen, daß Kurzarbeit vermieden wird. Die Mehreingänge an Aufträgen werden durch die verbesserte Produktion und — durch Ueberstunden erledigt. Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß das Heer der Erwerbslosen wieder mächtig anzuhebeln beginnt. Damit wächst das Elend und die Not. Ein Grund für jeden Arbeiter mit gesundem Empfinden, jede Ueberarbeit abzulehnen. Von der Wirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist nichts mehr zu spüren. Wir wissen nicht, ob dies lediglich mit der Witterung zusammenhängt. Es ist aber wohl kaum zu glauben, daß ein so milder Winter die Notstandsarbeiten so weitgehend behindern sollte. Gegenwärtig ist ungefähr der zehnte Teil der Erwerbslosen als Notstandsarbeiter beschäftigt.

Der bezahlte Urlaub in den Tarifverträgen. Das internationale Arbeitsamt hat eine umfassende Untersuchung über die bezahlten Ferien der Arbeiter in mehreren Ländern veranstaltet. Es handelt sich hierbei um tarifvertraglich geregelte Vereinbarungen. Rund 40 Prozent, das sind 19 Millionen der Gesamtzahl aller europäischen Arbeiter, kommen heute bereits in den Genuß eines bezahlten Urlaubs. In Deutschland haben 8 140 700 Arbeiter einen bezahlten Urlaub auf Grund vertraglicher Vereinbarung zu beanspruchen. In England sind es 1,5 Millionen, in Frankreich 38 466 und in Holland 101 060 Arbeiter. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter haben in Deutschland 28,7; in England 13,0; in Frankreich 0,8 und in Holland 7,8 Prozent der Arbeiter Anspruch auf Ferien. Deutschland braucht sich also nach den Erhebungen des Internationalen Arbeitsamtes seiner Erwerbslosen nicht zu schämen. Es marschiert an der Spitze. Dies ist nicht zuletzt der intensiven Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften zu danken. Freuen wir uns dieses Erfolges!

Die drängende Geldfülle. Wieder einmal stehen die Banken vor den Schwierigkeiten, ihr Geld unterbringen zu können. Tägliches Geld ist zur Zeit in großen Posten zinsbringend überhaupt nicht unterzubringen. Der Monat Januar hat sich ja auch bereits bisher als der flüssigste Monat ausgezeichnet, weil Gehälter, Weihenheimnahmen usw. auf den anlagehungrigen Markt zurückströmten. Aber eine solche Geldfülle war doch noch nicht vorhanden. Die Diskontierung der Reichsbank hat nur einen bereits bestehenden Zustand legalisiert. Am Termingeldmarkt war gleichfalls ein lebhaftes Angebot festzustellen. Banknotierte Warenwechsel wurden von den Banken kaum abgegeben, da diese selbst stolz waren, Wechsel hereinzubekommen, um ihre Gelder anlegen zu können. Am Privatdiskontmarkt das gleiche Bild. Aus alledem ist es erklärlich, daß deutsches Geld in Amsterdam und London in starkem Maße auftritt und dort Anlagemöglichkeiten sucht. Die Diskontierung der Reichsbank hatte zur Folge, daß der Sollzins bei den Privatbanken um 1 Prozent auf 6 Prozent und der Habenzins auf 1/2 Prozent auf 2,5 Prozent herabgesetzt wurde. Die Spanne beträgt also immerhin noch 3,5 Prozent. Die Sparbanken haben gleichfalls die Sollzinsen um 1 Prozent gesenkt, dagegen eine weitere Herabsetzung des Zinsfußes für die Einlagen nicht vorgenommen. — Dieses Bild über den Geldmarkt paßt in die allgemeine Lage hinein: Geld ist in Massen vorhanden, kann jedoch nicht nutzbringend in der Produktion verwandt werden, weil Fehlbispositionen dies verhindern.

Rationalisierung und Arbeiterchaft. Dieses sehr aktuelle Thema behandelte kürzlich der Kollege Eggert in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaften. Es war bereits der Wunsch der Versammlung, diesen Vortrag nebst der Entschliehung in Form einer Broschüre weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Die Verlagsgesellschaft des ADGB gibt den Vortrag unter obigem Titel in einer Massenaufgabe heraus, die wir bereits an anderer Stelle erwähnt haben. Es ist jedem zu raten, der sich über die Probleme: Rationalisierung, Preisbildung, Lohnhöhe und gewerkschaftliche Kampfführung klar werden will, sich diese Broschüre schnellstens zu beschaffen.

Warum Wirtschaftsdemokratie? In einem lichtvollen Aufsatz im Heft Nr. 2 des „Wirtschaftsdienst“ schreibt der Kollege Peter Graßmann über obiges Thema. Er stellt dort folgendes über die Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie fest: „Immer stärker tritt die Erkenntnis zutage, daß Wirtschaft und Wirtschaftsführung nicht mehr private Angelegenheiten von einzelnen Personen oder von Gruppen, sondern solchen ganzen Volkes sind, ja, Bedeutung über Landesgrenzen und Weltmeere hinaus erlangt haben... Beurteilung der wirtschaftlichen Zusammenhänge daheim und draußen sind heute kein Vorrecht einzelner mehr, ganz abgesehen vom Verlangen der unterbeschäftigten „Kapitäne“. Wirtschaft und Wirtschaftsführung sind öffentliche Angelegenheiten geworden, Dinge, die die Völker, namentlich ihre arbeitenden Schichten verteuert angehen, denn um deren Haut wird gewürfelt. Die Arbeitnehmer können nicht länger beiseite stehen, sie verlangen ihren Anteil an der Leitung, wie sie stets bereit sind, ihren Part an Verantwortung zu tragen.“

Adressenänderungen.

1. Gau: NO. Rössin. Vorf. Richard Hinz, Annenstr. 18, Hof 2.
1. Gau: NW. Feldberg. Vorf.: Otto Taege, Bergstraße Nr. 10.
2. Gau: Württemberg. Vorf.: Adolf Franz, Nr. 90.
4. Gau: Rattenordheim. Vorf.: Martin Schaub, Rattenlengsfeld. Kass.: Fritz Taubert, Rattenlengsfeld. — Silberheim. Vorf.: Franz Petras, Jakobstr. 32. — Wölferbütt. Vorf.: Johann Weich, Gehaus, Rhön. Kass.: Heinrich Engel, Dehnen, Rhön.
5. Gau: Westfalen. Siegt. Vorf.: Heinz Eich, Hanfmühle, Post Uckerath, Siegt. Kass.: Heinrich Brühl, Westerbagen, Post Oberpleis, Siegt. — Herne. Vorf.: Andreas Werner, Bismarckstr. 85. — Bonn. Vorf. u. Kass.: Franz Willms, Josephstr. 1.
7. Gau: Pfaffenbürg. Kass.: Friedrich Hartig.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Kursteilnehmern und den in Frage kommenden Zahlstellen des 7. Gaus zur Kenntnis, daß die empfohlene Schrift: „Die Praxis des Arbeitsrechts“ von Wid-Weigert nunmehr von uns bezogen werden kann. Das Buch ist in Leinen gebunden und wird von uns zu sehr ermäßigtem Preis abgegeben. Die Zahlstellen, die Kursteilnehmer gestellt haben, handeln richtig, wenn sie mindestens ein Exemplar aus Kosten der Zahlstelle anschaffen. Bestellungen baldigt aufgeben!

Auf Antrag der Zahlstelle Freiburg i. Br. wurde der Steinmetz Christian Dichtel wegen Streikbruchs und anderer Verfehlungen aus dem Verbands ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Berlin. Dem Kollegen Albert Rölke, Steinseher in Spandau, geb. am 23. 7. 81. in Oranienburg, Mitgliedsbuch Nr. 1186, wurden sämtliche Papiere mit Buch gestohlen. Die Ausweise sind gesperrt. Die Kassierer und einzelnen Kollegen mögen sich durch Beachtung vorstehender Notiz vor Schäden schützen.

Zweibüren. Der Steinmetz Albert Röhler, Buch-Nr. 17 642, wird hiermit ersucht, seine Verpflichtungen in der Zahlstelle zu erfüllen. Die Kollegen in anderen Orten mögen Köhler dazu anhalten.

Nürnberg. Am Sonntag, dem 20. Februar, findet in der Restauration Reichenhall, Bergstraße 5, früh 9 Uhr, unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung reichhaltig, auch Anträge zum Verbandstag. Sämtliche Kollegen müssen deshalb anwesend sein. J. A.: Joh. Krauß.

Briefkasten.

Steinarbeiterempfänger. Ende Februar werden die Versandadressen neugedruckt; wo eine Änderung in der Anschrift nötig macht, möchte dies der Versandstelle des „Steinarbeiters“ umgehend mitgeteilt werden.

Schriftführer. Es liegen gegenwärtig 45 Versammlungsberichte vor. Deshalb nicht knurren, wenn Dein Bericht noch nicht an der Reihe ist zum Abdruck.

M. S., Schmölln. Eine gewiß eigenartige Frage stellt Du. — Antwort: Das liegt unter anderem mit an der körperlichen Haltung bei der beruflichen Arbeit und dann wohl auch an der mangelhaften Beachtung dessen, was dem Magen frommt in der Zuführung überalterter und sehr warmer Speisen und Getränke.

Nr. 100. Für die Hypothekenaufwertung ist durch die neue Gesetzgebung eine Rückwirkung eingeführt worden; wenn nämlich die Hypothek in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 zurückgezahlt worden ist, so findet eine Aufwertung der Hypothek und der persönlichen Forderung nachträglich statt; einerlei, ob der Gläubiger bei Annahme einen Vorbehalt gemacht hat oder nicht (§ 15).

Wenn die nachträgliche Aufwertung auf Grund Vorbehalts oder kraft Rückwirkung verlangt wird, muß der Gläubiger den Anspruch bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle (Amtsgericht) anmelden.

Das scheint in Deinem Falle verpaßt zu sein. Moralisch ist der Bruder den Geschwistern gegenüber verpflichtet. Wenn keine Einigung möglich ist, dann beim Rechtsanwalt erkundigen, ob in diesem Falle rechtlich noch etwas zu machen ist.

Aufklärung B. S.

1. Bismarck. Die Nachwahlen zum Reichstag 1878 bis in die achtzig Jahre erbrachten dem genannten Kanzler den Beweis, daß mit dem Sozialistengesetz die Arbeiterbewegung (wirtschaftlich und politisch) nicht zu meistern war. Die Sozialreform (Unfall-, Kranken- und Alters- sowie Invaliditätsversicherung) sollte das nunmehr fertigbringen.

Der erste Gegenwurf wurde dem Reichstag am 21. Oktober 1878 vorgelegt. Das war keine Forderung von Parteien, sondern Initiative des Kanzlers Bismarck. Dann folgte eine von Bismarck verfaßte „Kaiserliche Botenschaft“ vom 1. November 1881, worin die eingangs erwähnten Gesetze angekündigt wurden. Begründung: Heilung sozialer Schäden! Krankenversicherungsgesetz 15. Juni 1883; Unfallversicherungsgesetz 6. Juli 1884; Invaliditäts- und Altersversicherung 13. Juli 1889. Nachdem das letztere unter heißen Kämpfen durchging, Revision der vorher zustande gekommenen Sozialgesetze.

2. Die ersten Sozialisten wurden 1867 in den norddeutschen Reichstag gewählt, und zwar: v. Schweizer, Liebknecht, Bebel, Försterling, Dr. Reinide, Schräps, Götz. Die letzten drei waren bürgerliche Demokraten und fielen ab, der vierte machte sich im Reichstag unmöglich durch ungehörige Rederei. Praktische Vertreter der Sozialdemokratie waren nur die ersten drei. Hauptredner waren v. Schweizer und Liebknecht, die oft gegeneinander redeten. Das war der Gegenlag: Lassalleaner und Eisenacher. Liebknecht und Bebel wurden 1870 als Abgeordnete verhaftet und zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt. Die Hauptursache lag in der Haltung und Propaganda gegen den Krieg 1870/71. Bismarck gab die Veranlassung zu der Verhaftung.

3. Die nächste Wahl fand 1874 statt, gewählt wurden 9 Sozialdemokraten, und zwar Lassalleaner: Hasenclever, Keimer, Hasselmann, Eisenacher Richtung: Bebel, Liebknecht, Geib, Most, Motteler, Walscheid.

4. Die Verfolgung dauerte von 1878 bis 1890; etwas über zwölf Jahre bestand das Sozialistengesetz.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Wohnungswirtschaft“. Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr monatlich 50 Pf. von der im Verlag des ADGB erscheinenden Zeitschrift liegt in neuer moderner Ausstattung das 1. Doppelheft 1/2 vor. In dem Eingangstitel weist der neue Leiter der Demog. Architekt Richard Linde auf die ungenügende Notwendigkeit planmäßigen Wohnungsaufbaus unter Benutzung aller technischen Errungenschaften hin. Stadtbaurat Dr.-Ing. Martin Wagner entwickelt in großen Zügen einen Finanzierungsplan für das notwendige Großberliner Wohnungsbauprogramm. Regierungspräsident Krüger behandelt in einem dritten Aufsatz das Städtebaugesetz vom bodenreformistischen und vom Standpunkt der Gemeinwirtschaft aus. Ueber die musterartigen Wohnungsbauten in Bernsdorf in Thüringen berichtet in einem mit guten Abbildungen versehenen Aufsatz der Architekt Tilo Schöber. Sehr energisch werden dann weiter die Vorschläge des Reichsbürgermeisters und des Berliner Stadtrats Busch für die Finanzierung des Wohnungsbaus zurückgewiesen. Ein reichlicher Teil wohnungswirtschaftlicher kurzer Nachrichten schließt das interessante Heft, das wir am Wohnungsweisen interessierten Parteigenossen und Gewerkschaftlern zum Studium empfehlen können. Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung.

Anzeigen

Die Sektion der Lehrlinge Groß-Berlin

hält ihre nächste Besprechung am Sonntag, dem 13. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses Berlin, Engelauer 25, ab. Da ein Vortrag gehalten wird, an dem sich eine allgemeine Aussprache anschließt, ist es nicht nur notwendig, daß alle Mitglieder der Sektion, sondern alle Lehrkollegen erscheinen.
 Die Sektionsleitung.

Berlin. Am Montag, dem 14. Februar, nachm. 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Generalversammlung aller Branchen der Zahlstelle Groß-Berlin: Steinarbeiter, Steinsetzer und Berufsgenossen, Bildhauer und Alabasterarbeiter. Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Quartal 1926. 2. Jahresbericht für 1926. 3. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird pünktliches Erscheinen erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Saarmund-Caputh-Potsdam. Am Sonntag, dem 20. Februar, vormittags 9 Uhr, findet bei Prast, Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Straße 38, eine kombinierte Versammlung oben benannter Bezirke statt. Jeder Kollege muß zu dieser Versammlung erscheinen.
 I. A.: O. Wegener.

2 tüchtige Kleinpflaster schläger für Bornholmer Maschinen sofort gesucht.
 M. G. Schaffrath G. m. b. H. Granitsteinbrüche Ruhlebänke Sebnitz-Sa.

Steinarbeiter - Hemden Unterhosen, Socken sowie alle Ober- und Unterkleidung für Erwachsene und Kinder fertige billig
 Mech. Strickerei F. Baßler, Gelenau i. Erzgeb.

Pflasterhämmer aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
 Otto Teske, Berlin N 31
 Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.
 Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postgenossenschaft Berlin 3398, in den Filialen Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32550, und Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Gestorben.

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden in Folge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Colmar i. Elß am 2. Januar der Sandsteinmetz Philipp J a b e r g, 55 Jahre alt, Lungentuberkulose. — (Die Steinbauer-Sektion in Mülhauem wünschte die Bekanntgabe, da der Verstorbene auch vielen Kollegen aus der Vorkriegszeit bekannt ist, als ein guter Kamerad.)

In Dresden-Pirna am 17. Januar der Brecher Richard Hering, 59 Jahre alt, Lungentuberkulose (79 Wochen krank).

In Neucha am 22. Januar der Pflastersteinmacher Robert R o b e r g, 44 Jahre alt, Grippe (10 Tage krank).

In Böben am 27. Januar der Granitsteinmetz Joseph S c h ö n, 48 Jahre alt, Lungenleiden (8 Monate krank).

In Hemmerau am 28. Januar der Granitsteinmetz Math. G r a g, 53 Jahre alt, Gehirnschlag (18 Tage krank).

In Strehlen am 28. Januar der Brecher Paul I m m i g, 42 Jahre alt, Typhus (3 Wochen krank).

In Kostan am 29. Januar der Hilfsarbeiter Karl P u l g a m, 56 Jahre alt, Lebertrebs (6 Monate krank).

In Kiefernfelden am 2. Februar der Marmorsteinmetz Johann P e g o r e t t i, 69 Jahre alt, Grippe.

Ehre ihrem Andenken!

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
 Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig.